ABSENDER*IN

Vorname Name

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

ANGABEN

Personalnummer

Schule / Dienststelle

EMPFÄNGER

Niedersächsisches Landesamt
für Bezüge und Versorgung (NLBV)

Anschrift laut Ihrer Bezügemitteilung

Amtsangemessene Alimentation

Widerspruch gegen die Höhe meiner Besoldung bzw. Versorgung für 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen die Höhe meiner Besoldung bzw. Versorgung rein vorsorglich

Widerspruch

ein und beantrage, festzustellen, dass meine Alimentation verfassungswidrig zu niedrig bemessen ist.

Darüber hinaus beantrage ich, für mich amtsangemessene Dienstbezüge für 2026 und für die Folgejahre festzusetzen und mir diese zu gewähren.

Begründung:

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Beschluss vom 30. Oktober 2018 (2 C 32.17 und 2 C 34.17) bestimmte niedersächsische Besoldungsregelungen früherer Jahre dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt, weil es sie für verfassungswidrig hielt. Auch nach der Neuregelung der Besoldung ab 2023 bestehen aus meiner Sicht weiterhin Zweifel an der Amtsangemessenheit meiner Alimentation. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 17. September 2025 (2 BvL 20/17 u. a.) seine Maßstäbe zur Prüfung der amtsangemessenen Besoldung fortentwickelt. Ich halte es für prüfungsbedürftig, ob meine Alimentation im Jahr 2026 diesen Anforderungen genügt.

Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen insbesondere gegen die Ausgestaltung der familienbezogenen Besoldungsbestandteile und die Berücksichtigung von Einkommen einer*eines Partner*in bei der Prüfung oder Gewährung ergänzender Leistungen. Es erscheint zweifelhaft, ob die gesetzliche Ausgestaltung die amtsangemessene Alimentation auch dann hinreichend gewährleistet, wenn ein solches Einkommen nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung steht.

Darüber hinaus bitte ich um Prüfung, ob die Besoldung im Jahr 2026 die Anforderungen an die Mindestbesoldung und an eine amtsangemessene Abstufung der Besoldungsgruppen erfüllt. Dabei sind auch die Entwicklung der Besoldung im Verhältnis zu den maßgeblichen wirtschaftlichen Vergleichsgrößen sowie die für die Bemessung verwendeten Berechnungsgrundlagen zu berücksichtigen.

Die vorgesehenen beziehungsweise bereits vorgenommenen Anpassungen und Sonderzahlungen beseitigen meine Zweifel an der Amtsangemessenheit meiner Alimentation nicht. Ich bitte insbesondere um Prüfung, ob die Gesamtbezüge und die Besoldungsstruktur den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen.

Mit diesem Schreiben mache ich für das Haushaltsjahr 2026 Ansprüche auf amtsangemessene Alimentation geltend, soweit diese über die gesetzlich vorgesehenen Beträge hinausgehen.

Ich bin damit einverstanden, dass mein Widerspruch bis zur Klärung der für meine Ansprüche maßgeblichen verfassungs- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren ruhend gestellt wird. Ich bitte darum, meinen Widerspruch bis dahin nicht zu bescheiden und mir die Ruhendstellung zu bestätigen.

Ich bitte Sie, hinsichtlich meiner mit diesem Schreiben geltend gemachten Ansprüche auf die Einrede der Verjährung bis zum Ablauf von sechs Monaten nach rechtskräftigem Abschluss der für meinen Anspruch maßgeblichen Musterverfahren zu verzichten und mir diesen Verzicht schriftlich zu bestätigen.

Ich behalte mir vor, meinen Widerspruch und meinen Antrag nach Vorliegen weiterer gerichtlicher Entscheidungen oder neuer Erkenntnisse ergänzend zu begründen.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum

Unterschrift